Energiewende: Der Weg in die Planwirtschaft

geschrieben von Edgar Gärtner | 28. März 2012

Die „Zukunftsenergien“ Wind- und Solarstrom bleiben trotz ihres gesetzlichen Vorrangs im wesentlichen Dekor, weil sie bislang vorhandene Stromerzeugungs-Kapazitäten nicht ersetzt, sondern größtenteils lediglich symbolträchtig gedoppelt haben. Das soll freilich nach den Vorstellungen der Wende-Energetiker bald anders werden. Nach dem „Energiekonzept“ der Bundesregierung soll der Anteil der so genannten regenerativen Energien (neben Wind und Sonne gehören dazu auch Biogas und Wasserkraft) an der Stromerzeugung im Jahre 2020 bereits 35 Prozent und im Jahre 2050 gar 80 Prozent betragen. Einzelne Bundesländer wie vor allem Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz wollen schon in drei bis zwanzig Jahren die Vollversorgung mit Ökostrom erreichen. Da die Sonne auch in 20 Jahren nachts nicht scheinen und die Häufigkeit starker Winde weiterhin von der nordatlantischen Oszillation bestimmt werden wird, müssen sich die industriellen und privaten Energieverbraucher auf ein stark schwankendes Angebot einstellen.

Auf dem 3. VhU-Energieforum der Vereinigung der hessischen Unternehmervverbände unter dem Motto „Sichere Stromversorgung auch bei Wolken und Windstille“ Mitte März in Frankfurt erklärte der Energiewirtschaftler Dr. Jürgen Neubaarth von der Innsbrucker e3 consult, die Stromerzeugung im deutschen Kraftwerkspark müsse künftig innerhalb von 15 Minuten um 12.000 Megawatt hoch oder runter gefahren werden können. „Heute sind es erst 3.000 Megawatt“, stellte Neubarth nüchtern fest. Die inzwischen aufgebaute Windkraftleistung von zirka 27.000 Megawatt ersetze gerade einmal 1.900 MW konventionelle Kraftwerkskapazität. Der Energiewirtschaftler erweckte allerdings den Eindruck, als sei die durch den überstürzten Atomausstieg und den unkoordinierten Aufbau witterungsabhängiger Stromerzeugungskapazitäten heraufbeschworene Gefahr eines großflächigen Blackouts allein durch den massiven Ausbau der deutschen und europäischen Stromnetze abwendbar. Gegenüber dem von der Bundesregierung für den Ausgleich von Stromangebot und -nachfrage favorisierten Ausbau der Energiespeicher-Kapazitäten in Form von Lithium-Ionen-Batterien und Pumpspeicher-Kraftwerken beziehungsweise der Umwandlung von Windstrom in Druckluft oder Wasserstoff/Methan gab sich Neubarth hingegen skeptisch, da hierbei große Umwandlungsverluste in Kauf genommen werden müssen. Außerdem gebe es für den Aufbau großer Speicherkapazitäten keine wirksamen Investitionssignale. Denn die Peakpreise für Strom sind in Deutschland wegen des raschen Ausbaus regenerativer Energien unter Druck geraten und der Bedarf an Regelenergie hat in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich abgenommen.

Dr. Christoph Bauer, Energiemanager des Chemiekonzerns Evonik in Hanau,

erklärte, der Wechsel von der „verbrauchsgesteuerten Stromerzeugung zum erzeugungsgesteuerten Verbrauch“ sei die „zentrale Herausforderung der Energiewende.“ Er verkniff sich die Bemerkung, dass „erzeugungsgesteuerter Verbrauch“ nur ein anderes Wort für Planwirtschaft ist. Während die Bundesregierung den Strombedarf und damit das Leben der Privatleute über Smart Grids und Smart Meters fernsteuern möchte, sehen Industrievertreter im intelligenten Lastenmanagement stromintensiver Industriezweige ein viel größeres Anpassungspotential. Dieses lässt sich auch ohne harte bürokratische Eingriffe in die Unternehmensentscheidungen nutzen. Statt Stromüberschüsse unter hohen Verlusten in Form von Wasser bergauf oder in Form von Druckluft in die Erde zu pumpen oder für die Produktion von Wasserstoff beziehungsweise Methan zu nutzen, sei es erheblich sinnvoller, die für die Erzeugung industrieller Prozesswärme zu nutzen, um dort Brennstoffe wie Erdgas oder Heizöl zu ersetzen. Diese Option werde derzeit aber in der öffentlichen Diskussion vernachlässigt und durch die Gestaltung der Netzentgelte für stromintensive Industrien praktisch vereitelt.

Infolge der dezentralen Einspeisung von Wind- und Solarstrom in die Verteilernetze komme es immer öfter zu Trafobränden, berichtete Markus Hettig, Manager des mittelständischen Elektroanlagenbauers EFEN (Eltville am Rhein). Es gibt also nicht nur Engpässe im 380 kV-Transportnetz, über die in der Presse relativ häufig berichtet wird. In den vergangenen Wochen haben vor allem die Schwierigkeiten, Offshore-Windparks in der Nordsee an das Netz anzuschließen, für Schlagzeilen gesorgt. Da sich der zuständige staatseigene niederländische Netzbetreiber TenneT wegen Kapitalmangel außerstande sieht, die nötigen 15 Milliarden Euro für Unterwasser-Kabel und Hochspannungsleitungen aufzubringen, sollen nun die Kosten „sozialisiert“ werden, indem sie entweder unter allen vier großen Netzbetreibern aufgeteilt oder von der Staatsbank KfW übernommen werden. Ähnliches soll für die hohen Versicherungsprämien für die Offshore-Anlagen gelten. „Wir werden nicht umhin kommen, einen Teil der Haftungskosten zu sozialisieren“, erklärte der neue Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, gegenüber der FAZ vom 26. März 2012. Schon wird die Verstaatlichung des gesamten deutschen Stromnetzes gefordert.

Als wäre es ein abgekartetes Spiel zur Einführung der Planwirtschaft durch die Hintertür, zieht so jeder mit der „Energiewende“ verbundene staatliche Eingriff in den Strommarkt weitere Eingriffe nach sich. Der Kollege Reinhold Böhmer hat das in der „Wirtschaftswoche“ prägnant zusammengefasst: „...der Staat entzieht wie beim Atomausstieg den Unternehmen auf dem Markt eingeführtes Geschäft und verlangt von ihnen nun wie bei der Energiewende vom Markt nicht unmittelbar nachgefragte Leistungen etwa in Form von Ökostrom. Wer so etwas macht, der muss sich nun mal den Gesetzen des Marktes fügen: Private Unternehmen leisten eben nicht, was ihnen aufoktroiert wird und was unprofitabel oder zu risikoreich ist. Andernfalls würden sie auf Dauer ihre Existenz aufs Spiel setzen. Das fällt nicht einmal unter das Phänomen Marktversagen,

da ja die Politik hier vom Markt etwas will, was der Markt per Definition nicht hergibt.“ Dem bleibt nichts hinzuzufügen.

Edgar L. Gärtner EIKE

Update*: Realitätsverweigerung in Reinform:

Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des 10-PunkteSofortprogramms zum Energiekonzept

* mit Dank an Spürnase Uwe Klasen